

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

TEIL 1: ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
TEIL 2: BRIEFKASTENFIRMEN



Oktober 2016

Überarbeitete Version

Prof. Dr. DDr.h.c. Friedrich Schneider

E-mail: friedrich.schneider@jku.at

<http://www.econ.jku.at>

ÖKOSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – TRÄUMEREI ODER REALISTISCHE ALTERNATIVE?



Prof. Dr. DDr.h.c. Friedrich Schneider

Oktober 2016

E-mail: friedrich.schneider@jku.at

Überarbeitete Version

<http://www.econ.jku.at>



**JOHANNES KEPLER
UNIVERSITY LINZ**

INHALT

- 1. Einleitung: Ökosoziale Marktwirtschaft – wo stehen wir heute?**
- 2. Der Ansatz der Neuen Politischen Ökonomie zur Analyse der ökosozialen Marktwirtschaft**
- 3. Der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in einer ökosozialen Marktwirtschaft**
- 4. Abschließende Bemerkungen**

1.EINLEITUNG

Viele Wirtschaftswissenschaftler (z.B. Kirchgaessner und Schneider) untersuchen die Erfahrungen mit der ökosozialen Marktwirtschaft.

Sie kommen zum Schluss, dass viele OECD-Länder bereits vor 15–20 Jahren Versuche machten, die ökosoziale Marktwirtschaft einzuführen. Dabei wurden anreizorientierte Instrumente eingesetzt. Deren tatsächlicher Einsatz wich aber weit von dem ab, was sich die Ökonomen vorgestellt hatten.

Fazit: In den meisten OECD Ländern haben wir *KEINE* ökosoziale Marktwirtschaft.

Frage: Warum ist das so?

1.EINLEITUNG

Drei Argumentationsstränge, die eine Antwort bieten:

- (i) Viele Nicht-Ökonomen haben grundsätzliche Einwände gegen den ökonomischen Ansatz und/oder das dahinter stehende Konzept des Homo Oeconomicus. Als *mögliche Alternative* wird das *Konzept der „ökologischen Ökonomie“* angesehen.
- (ii) Andere haben zwar keine Einwände gegen den Einsatz des ökonomischen Ansatzes an sich, allerdings wehren sie sich gegen die Annahme, dass Individuen und spezielle Politiker nur aus *Eigeninteresse* handeln.

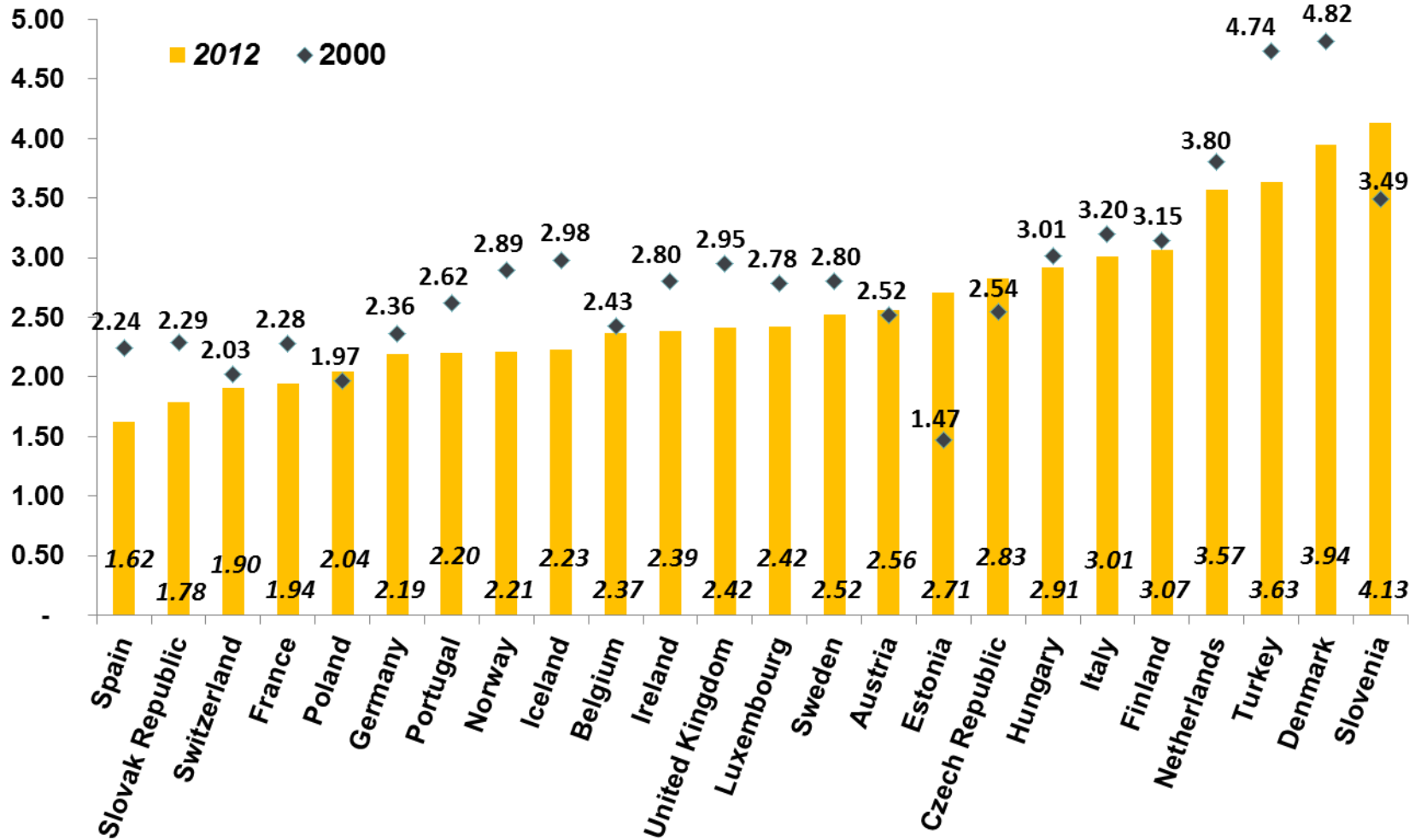
1.EINLEITUNG

Drei Argumentationsstränge, die eine Antwort bieten:

- (iii) Einige Autoren (Frey, Schneider, Kollmann) verwenden den Ansatz der „Neuen Politischen Ökonomie“ und versuchen damit zu erklären, warum die Anwendung der marktwirtschaftlichen Instrumente weder im Interesse einer Mehrheit der Wähler, der Regierung, noch der Verwaltung und der betroffenen Industrien ist.**

1. EINLEITUNG

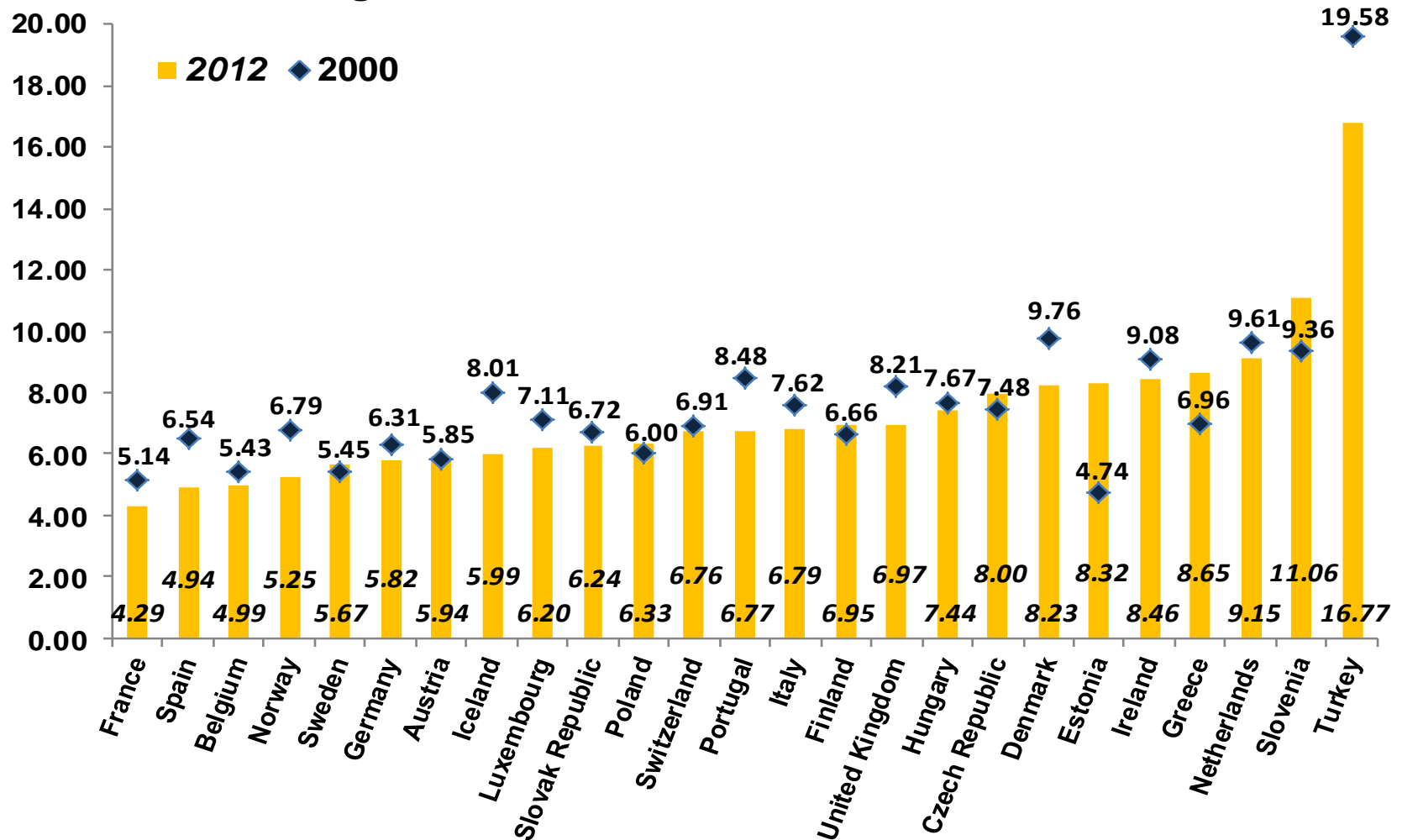
Figur 1.1: Einnahmen von Umweltsteuern für einige Länder in % des BIP für 2000 und 2012



Quelle: OECD Database, Mai 2014.

1. EINLEITUNG

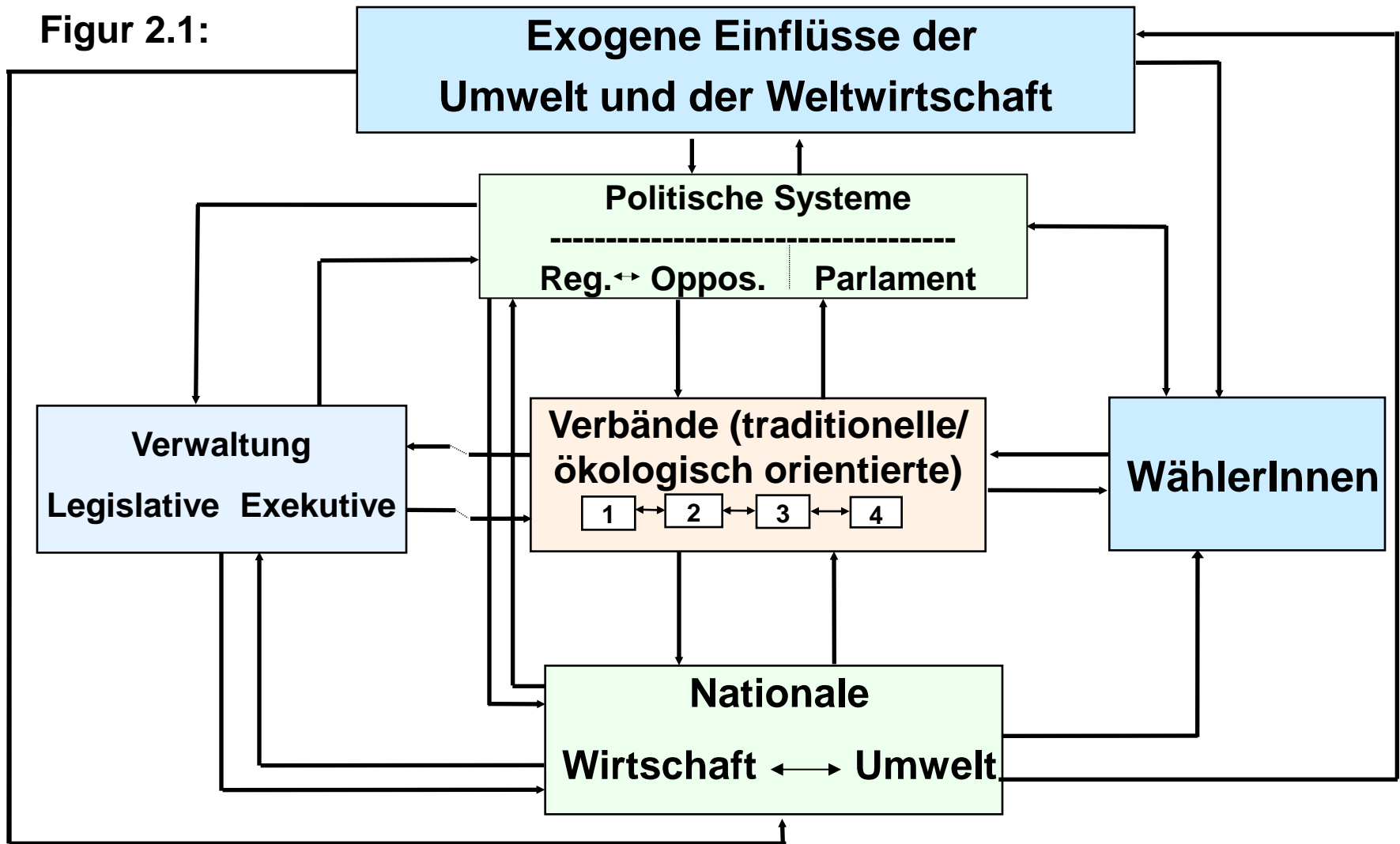
Figur 1.2: Umweltsteuereinnahmen in % d. gesamten Steuereinnahmen, 2000 u. 2012 für einige Länder



Werte für Australien, Griechenland und Japan für 2011. Quelle: OECD Database, Mai 2014.

2. EIN POLIT-ÖKONOMISCHES MODELL DER ÖKOSOZIALEN MARKTWTIRTSCHAFT

Figur 2.1:



2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE

Im Ansatz der Neuen Politischen Ökonomie werden die einzelnen Akteure analysiert:

- (1) Wähler**
- (2) Politiker**
- (3) Bürokraten, d. h. primär die in der öffentlichen Umweltverwaltung Tätigen, und**
- (4) die „Wirtschaft“, d.h. *zum einen* die Eigentümer, Manager und Beschäftigten der Industrien sowie deren Interessensgruppen.**

***Zum anderen* die aktiven Umweltgruppen, die Befürworter einer ökosozialen Marktwirtschaft.**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

- ▶ **Verglichen mit den siebziger Jahren hat die Sensibilität der Wähler hinsichtlich der Verbesserung der Umwelt und den damit verbundenen Einführung einer ökosozialen Marktwirtschaft stark zugenommen.**
- ▶ **Es ist allerdings offensichtlich, dass ökologische mit anderen (ökonomischen) Zielen der Wähler in Konkurrenz stehen, wie z. B. der Sicherung des Arbeitsplatzes oder des persönlichen Komforts (z.B. Auto vor der Tür! – jederzeit fahrbereit!!)**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

Tabelle 2.1: Ergebnisse der Euro-Barometer-Umfrage von 2008 bis 2013

Welche der folgenden Probleme betrachten Sie als im Moment die *bedeutendsten der Welt* (Angabe in %)?

<i>Rang</i>	<i>Probleme</i>	<i>2008</i>	<i>2009</i>	<i>Veränd. in %</i>	<i>2011</i>	<i>Veränd. in %</i>	<i>2013</i>	<i>Veränd. in %</i>
1	Armut, fehlende Nahrungsmittel und fehlendes Wasser	67	69	+3	64	-7	60	-4
2	Weltwirtschaftskrise	24	39	+63	45	+15	43	-2
3	Klimawandel	62	47	-24	51	+9	53	+2
4	Internationaler Terrorismus	53	35	-34	45	+29	49	+4
5	Bewaffneter Konflikt	38	39	+3	38	-3	41	+3

Quelle: European Commission (2009 bis 2014), Brüssel.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

Tabelle 2.2: Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen, November 2009/2012/2013

Was halten Sie für die beiden wichtigsten Themen in ihrem *Heimatland*?

<i>Rang</i>	<i>Probleme</i>	<i>2009</i>	<i>2013</i>	<i>2015</i>	<i>Veränd. von 2013 zu 2015 in %-Punkten</i>
1	Arbeitslosigkeit	51%	49%	42%	-7
2	Wirtschaftslage	40%	33%	21%	-12
3	Inflation	19%	20%	14%	-6
4	Gesundheitssystem	14%	12%	18%	+6%
5	Kriminalität	19%	11%	9%	-2%
6	Steuersystem	8%	11%	8%	-3%
7	Immigration	9%	12%	23%	+11%
8	Pensionen	9%	10%	12%	+2%
9	Erziehungswesen	7%	8%	11%	+3%
10	Umwelt	4%	5%	6%	+1%
11	Energie	3%	4% ¹	4% ¹	-
12	Terrorismus	4%	2%	7%	+5%

¹ Werte für 11/2011; Quelle: Eurobarometer Surveys 11/2009, 11/2013 und 05/2015, European Commission, Brüssel.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

- ▶ Häufig gibt es einen Trade-off zwischen einer Verbesserung der Umweltsituation und der Produktion zusätzlicher Güter, d. h. die Wähler müssen zwischen einer Verbesserung der Umweltqualität und höherem Realeinkommen abwägen.
- ▶ In solchen Situationen hängt die Entscheidung der Wähler von
 - (i) ihrer Information über die Konsequenzen der Umweltprobleme,
 - (ii) der Zeitspanne zwischen dem Ergreifen einer umweltpolitischen Maßnahme und der dadurch bewirkten Verbesserung der Umweltsituation (meistens 20 bis 50 Jahre!),
 - (iii) ihrer Diskontrate, sowie
 - (iv) ihr Vertrauen in politische Institutionenab.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

Tabelle 2.3: Wie viel Vertrauen haben Sie in politische Institutionen? (Jahr 2010)

N.	%-Anteil	Parlament n=53.543	Große Firmen n=50.027	Umwelt- organisationen n=51.184	Politische Parteien n=53.249	Regierung n=53.640
1	Sehr viel	6.5%	5.6%	9.9%	3.6%	6.6%
2	Ziemlich viel	32.3%	33.0%	45.8%	19.3%	30.9%
→	<i>Summe von 1+2</i>	38.8%	38.6%	55.7%	22.9%	37.5%
3	Nicht viel	40.1%	43.2%	32.9%	45.6%	38.5%
4	Gar keines	21.1%	18.2%	11.5%	31.5%	24.0%
→	<i>Summe von 3+4</i>	61.2%	61.4%	44.4%	77.1%	62.5%

Quelle: Daten von der European Value Study 2010 und eigene Berechnungen.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (1) WÄHLER

Fazit:

- ▶ **Eigennutzeninteressierte Individuen dürften insbesondere bei Maßnahmen, welche (fast) ausschließlich zukünftigen Generationen zugute kommen, kaum Kosten/Nachteile auf sich nehmen.**
- ▶ **Anteil von Grün-Wählern liegt in den meisten OECD-Ländern zwischen 8-15%!!**
- ▶ **Wähler sind Gebote/Verbote gewöhnt und akzeptieren sie eher als Lösungsmechanismus bei Umweltproblemen als zu anreizorientierten Instrumenten.**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (2) REGIERUNG

- ▶ In repräsentativen Demokratien verfolgt die Regierung häufig eine am Eigennutzen orientierte Politik; d.h. wenn ihre Wiederwahl gefährdet ist, wird sie eine populistische Politik betreiben und im anderen Fall eine entsprechend ihren (ideologischen) Vorstellungen.
- ▶ Da eine Mehrheit der Wähler keine ökosoziale Marktwirtschaft akzeptiert, hat eine Regierung keinen Anlass, zur Verbesserung ihrer Wiederwahlchancen eine effiziente ökosoziale Marktwirtschaft einzuführen oder auszubauen.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (2) REGIERUNG

- ▶ Falls eine ‚grüne‘ Partei in einer Regierungskoalition ist, kann eine Regierung durchaus eine intensivere ökosoziale Marktwirtschaft betreiben, als von einer Mehrheit der Wähler gewünscht wird, solange dadurch die Wiederwahl der Regierung insgesamt (und insbesondere die des größeren Koalitionspartners) nicht gefährdet wird.
- ▶ Insgesamt ergibt sich, dass die Regierungen eher wenig Interesse an einer intensiven ökosozialen Marktwirtschaft haben.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (2) REGIERUNG

- ▶ Häufig geht die Regierung davon aus, dass die Wähler die Wirkungen der ökosozialen Maßnahmen nicht durchschauen.

Daher hat eine Regierung sicherlich ein Interesse an einer *symbolischen ökosozialen Politik*, bei welcher Maßnahmen beschlossen und Gesetze erlassen werden, die jedoch kaum ökologische (Lenkungs-) Auswirkungen haben.

→ Dies wird häufig als „*Öko-Schmäh*“ bezeichnet!

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (2) REGIERUNG

Fazit:

- ▶ **Soweit sie marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen, dürften sie Umweltsteuern den Umweltzertifikaten vorziehen. Grund: Ertragseffekt durch Steuern und von der Regierung „steuerbare“ Belastung:**
- ▶ **Einsatz von Öko-Steuern: In 2/3 der Fälle dominiert der Ertragseffekt und nicht der Lenkungseffekt, daher sind diese Instrumente beim Finanzminister sehr beliebt; zusätzliche Steuereinnahmen bei hoher Wählerakzeptanz!!**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (3) ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

- ▶ **Zumindest in Europa gilt, dass viele Entscheidungsträger in der öffentlichen Verwaltung gegen den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente sind und dirigistische Maßnahmen vorziehen.**
- ▶ **Wichtig für die öffentliche Verwaltung ist, dass die durchgeführte Politik ihre persönliche Stellung in der Umweltverwaltung bzw. in der Umweltpolitik stärkt bzw. zumindest nicht beeinträchtigt.**
- ▶ **Marktwirtschaftliche Instrumente (z.B. Umweltsteuern) sind vergleichsweise wenig attraktiv für die Umweltbürokratie. Während die Umsetzung dirigistischer Maßnahmen viel mehr Personal sowie andere Ausgaben erfordert, sind Steuern vergleichsweise wenig personalintensiv und kostengünstig.**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- ▶ In offiziellen Verlautbarungen fordern Wirtschafts-verbände häufig den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente; schließlich wollen gerade sie sich gerne als Vertreter einer ökologisch orientierten sowie markt-wirtschaftlichen Politik profilieren.
- ▶ Dies trifft allerdings nur dann zu, wenn die Debatte auf allgemeiner Ebene geführt wird oder wenn alle im gleichen Ausmaß von den Kosten betroffen sind und dies im globalen Rahmen geschieht.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- ▶ Wird jedoch in einem Land konkret die Einführung eines anreizorientierten Instruments vorgeschlagen, sind sie meistens entschiedene Gegner dieser Maßnahme:

Wenn die Einführung der Umweltsteuern diskutiert wird, argumentieren die Wirtschaftsverbände dagegen und fordern anstatt dessen freiwillige Vereinbarungen oder den Einsatz bürokratischer Instrumente oder - bestenfalls - den Einsatz handelbarer Zertifikate. Bei letzteren fordern sie freilich, dass die Anfangs-ausstattung zum Nullpreis abgegeben werden soll.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- ▶ Bei dirigistischen Maßnahmen, wie Ge- und Verbote, haben die einzelnen Firmen bei den Verhandlungen mit der Umweltbehörde einen (teilweise erheblichen) Spielraum.
- ▶ Dabei haben sie vor der Behörde einen Informationsvorsprung: Im Gegensatz zu dieser kennen sie die erforderlichen Prozesse und die bei einer Emissionsreduktion anfallenden Kosten.
- ▶ Sie können mit einem Abbau der Beschäftigung und eventuell sogar mit einer Verlagerung der Produktion ins Ausland drohen.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- ▶ **Wegen dieser starken Stellung ist es für sie vorteilhaft, in den politischen Prozess durch Lobbying zu investieren.**

Dies ist häufig mit einer hohen Rendite verbunden: Firmen oder Verbände können durch geschicktes politisches Lobbying Ausnahmeregelungen erreichen, die ihnen unmittelbar nutzen und die Kosten der Allgemeinheit und/oder ihrer Konkurrenten aufbürden.

- ▶ **Ein ähnliches Ziel ist, ob die Ausgabe der handelbaren Zertifikate mittels Grandfathering (zum Null-Preis) oder mit tatsächlichen Preisen durchgeführt wird:**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

- i. Werden die Zertifikate (nicht zum Nullpreis) versteigert, erhält die Regierung zusätzliche Einnahmen, die zur Reduktion anderer Steuern verwendet werden und damit der Allgemeinheit zugute kommen können.**
- ii. Erhalten dagegen die bestehenden Firmen ihre Anfangsausstattung mit Zertifikaten umsonst, dann erhalten die existierenden Firmen zusätzliche Renten.**

Sie gewinnen darüber hinaus einen Wettbewerbs-vorsprung gegenüber Firmen, die neu in diesen Markt eintreten wollen, da diese dann meistens die dafür erforderlichen Zertifikate bezahlen müssen; d.h. das Grandfathering führt zu einer Markteintrittsbarriere.

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

Die Überlegenheit der traditionellen Verbände gegenüber den Umweltverbänden – Drei Gründe:

- (1) Im Gegensatz zu den Umweltverbänden sind die traditionellen Verbände (z.B. Arbeitgeber und Arbeitnehmerverb.) schon sehr viel länger im politischen Prozess organisiert; und verfügen über beträchtliche finanzielle Mittel.**
- (2) Sie verfügen über genaue Informationen, in welchem Ausmaß sie von einer ökosozialen Marktwirtschaft betroffen wären, und sie können diese Information im politischen Prozess gezielt (z. B. mit der Drohung einer Standortverlagerung) einsetzen; d.h. ihre Marktmacht ist groß.**

2. DER ANSATZ DER NEUEN POLITISCHEN ÖKONOMIE – (4) INTERESSENSGRUPPEN

(3) Im Vergleich dazu befinden sich die *Umweltverbände* nur dann in einer stärkeren Situation, wenn

- ▶ sie unterbliebene Umweltmaßnahmen aufzeigen oder, wie z. B. Greenpeace spektakuläre Aktionen starten;**
- ▶ sie dadurch erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung erringen sowie den privaten Konsum beeinflussen und damit Druck auf einzelne Wirtschaftszweige ausüben, und**
- ▶ sie damit auch Einfluss auf Wählerentscheidungen in ihrem Sinne nehmen.**

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

- ▶ Die Situation in der Umweltpolitik hat sich hinsichtlich des Einsatzes marktwirtschaftlicher Instrumente in den letzten 10 Jahren verbessert.
- ▶ In den Vereinigten Staaten wurden verstärkt handelbare Zertifikate eingesetzt. Darüber hinaus haben eine ganze Reihe europäischer Länder, wie z. B. die skandinavischen, die Niederlande und das Vereinigte Königreich, ökologische Steuerreformen eingeleitet haben.

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

- ▶ **Der Antrieb für eine ökologische Steuerreform liegt bei Parteien bei der „sogenannten“ doppelten Dividende: Einmal werden Umweltziele erreicht und zum anderen können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.**

Meistens ist der zweite Effekt quantitativ bescheiden, aber hilft wesentlich in der Durchsetzung einer ökologischen Wirtschaftspolitik.

- ▶ **Dies setzt allerdings voraus, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen zur Gänze zur Senkung von Steuern auf den Faktor Arbeit eingesetzt werden (Dies war in Österreich noch nie der Fall!!).**

Tabelle 3.1: Ergebnisse von einigen Studien zur “doppelten Dividende”

Studie <i>1) BAU = „business as usual“</i>	Region/Land	Veränderung der Emissionen	Beschäftigungs- effekt
		(% vs. BAU ¹⁾)	(% vs. BAU ¹⁾)
Bayar (1998)	Europäische Union	-16	1,3
Ellingsen et al. (2000)	Europäische Union	-14	1,0
Bosello and Carraro (2001)	Europäische Union	-14	1,3
Barker (1998)	Europäische Union	-10	1,2
Welsch (1996)	Europäische Union	-6,5	1,7
Koschel (2001)	Europäische Union	-5	0,6
Welsch (1998)	Europäische Union	-8,5	5,4
Buttermann & Hillebrand (1996)	Deutschland	-17,1	0,7
DIW (1994)	Deutschland	-17,1	1,1
Meyer (2001)	Deutschland	-16,9	1,6
Schmidt and Koschel (1999)	Deutschland	-15,5	0,6
Conrad and Löschel (2002)	Deutschland	-13,7	0,4
Stephan et al. (2003)	Deutschland	-2	0,6
<i>Köppl et al. (1995)</i>	<i>Österreich</i>	<i>-7</i>	<i>0,4</i>
Meyer zu Himmern (1997)	Schweiz	-15,4	0,1

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

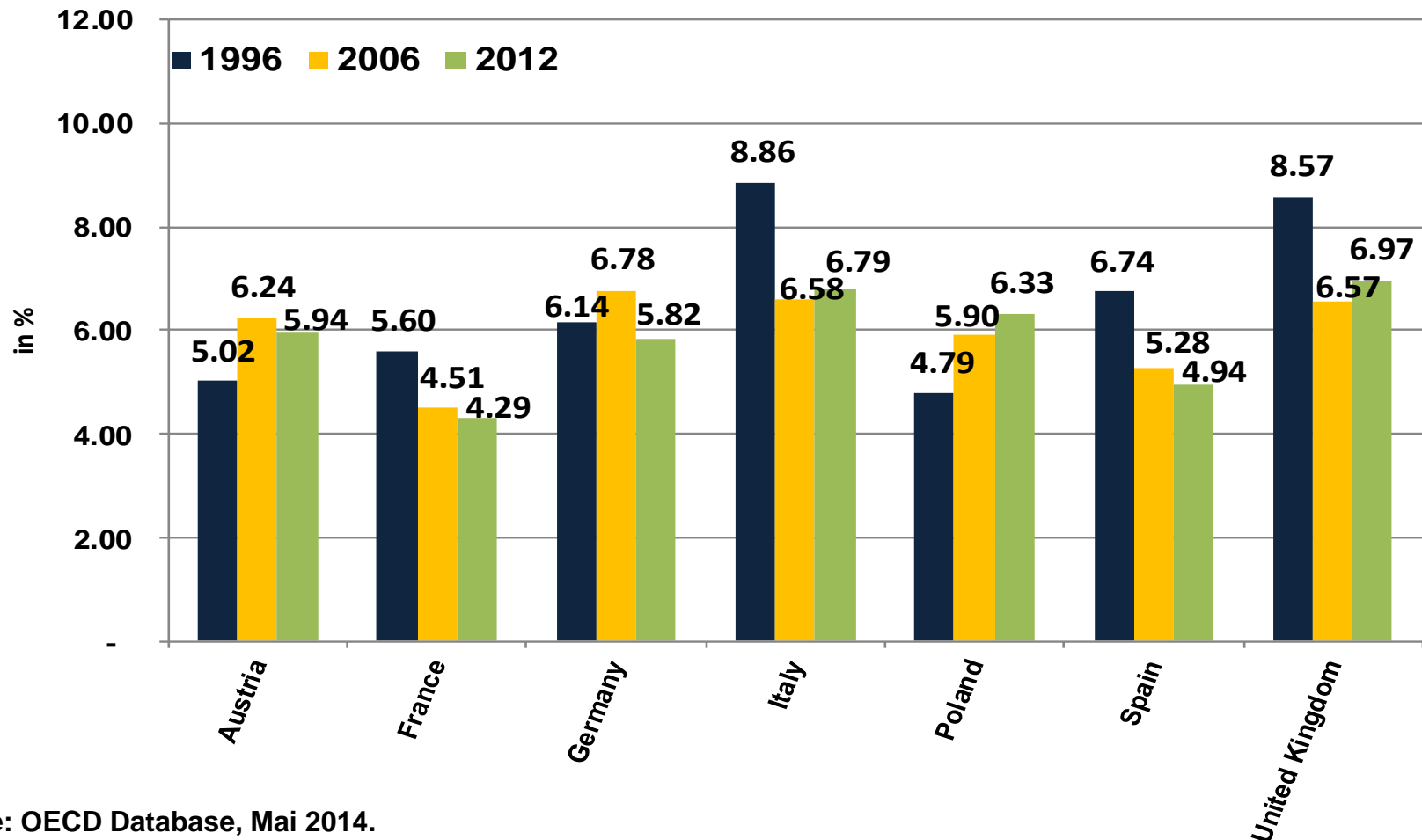
- ▶ **Generell haben „Öko-Steuern“ die folgenden politisch-ökonomischen Vorteile:**
 - (i) Umweltsteuern treffen auf weniger Widerstand als andere Steuern, und ihre Einnahmen können für die Finanzierung neuer Projekte eingesetzt werden.**
 - (ii) Dies ist angesichts der Tatsache wichtig, dass die sozialen Systeme in vielen Ländern heute nicht mehr nachhaltig finanziert sind und neue Quellen der Finanzierung zur Erhaltung dieser Systeme benötigt werden.**

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOSOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

- (iii) Somit besteht die Möglichkeit, dass eine der Umwelt dienliche Politik verfolgt wird, mit der jedoch hauptsächlich andere (z.B. ideologische > Vergrößerung des Staatssektors) Ziele angestrebt werden.
- (iv) Dies funktioniert allerdings nur, solange der *Ertragseffekt über den Lenkungseffekt* dominiert, was leider der Normalfall ist.

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Figur 3.1: Staatliche Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern in % der gesamten Steuereinnahmen einiger ausgewählter Länder im Vergleich zu Österreich



Quelle: OECD Database, Mai 2014.

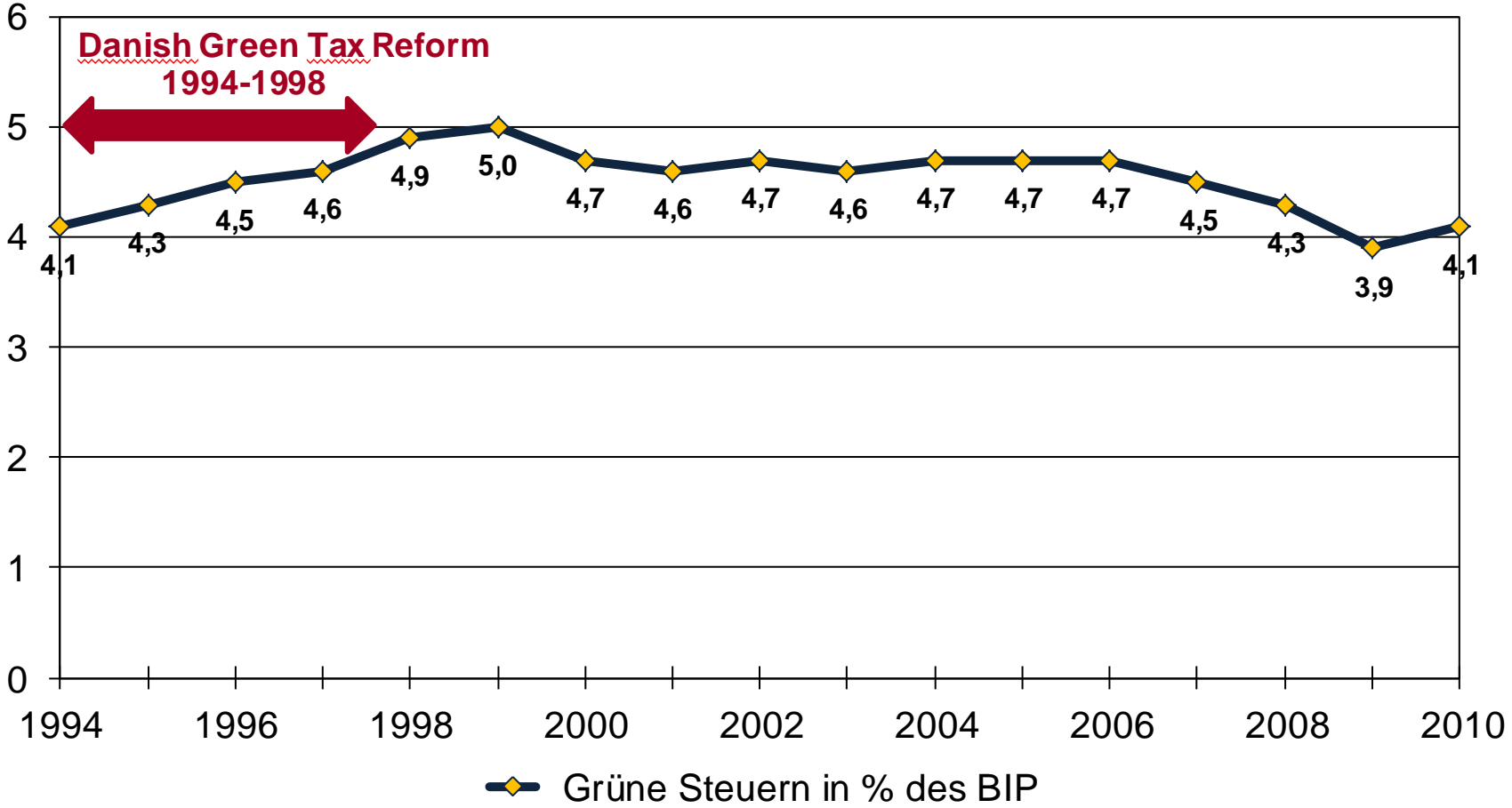
Tabelle 3.2: Anteil der Steuerarten am Steueraufkommen insgesamt, internationaler Vergleich

Steuerart	Land	2000	2008	2011	2000-2011
		in % des gesamten Steueraufkommens			Veränderung in %-Punkten
Konsum	Deutschland	25.7	27.4	28.2	2.5
	EU 17	32.2	31.7	32.4	0.2
	<i>Österreich</i>	<i>28.6</i>	<i>27.3</i>	<i>27.9</i>	<i>-0.7</i>
	Denmark	31.8	32.2	31.6	-0.2
Arbeit	Deutschland	51.5	48.6	49.0	-2.5
	EU 17	42.9	43.2	44.2	1.3
	<i>Österreich</i>	<i>50.2</i>	<i>50.0</i>	<i>50.5</i>	<i>0.3</i>
	Denmark	44.0	43.2	40.5	-3.5
Kapital	Deutschland	16.1	17.1	15.9	-0.2
	EU 17	21.9	21.8	19.9	-2.0
	<i>Österreich</i>	<i>15.9</i>	<i>17.1</i>	<i>15.6</i>	<i>-0.3</i>
	Denmark	14.6	14.8	17.8	3.2
Umwelt	Deutschland	5.8	5.7	5.8	0.0
	EU 17	7.4	6.9	7.2	-0.2
	<i>Österreich</i>	<i>5.6</i>	<i>5.6</i>	<i>5.8</i>	<i>0.2</i>
	Denmark	9.6	8.8	8.5	-1.1

Quelle: EU-Kommission

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Figur 3.2: Die Reform der Dänischen Steuerstruktur in den 1990ern



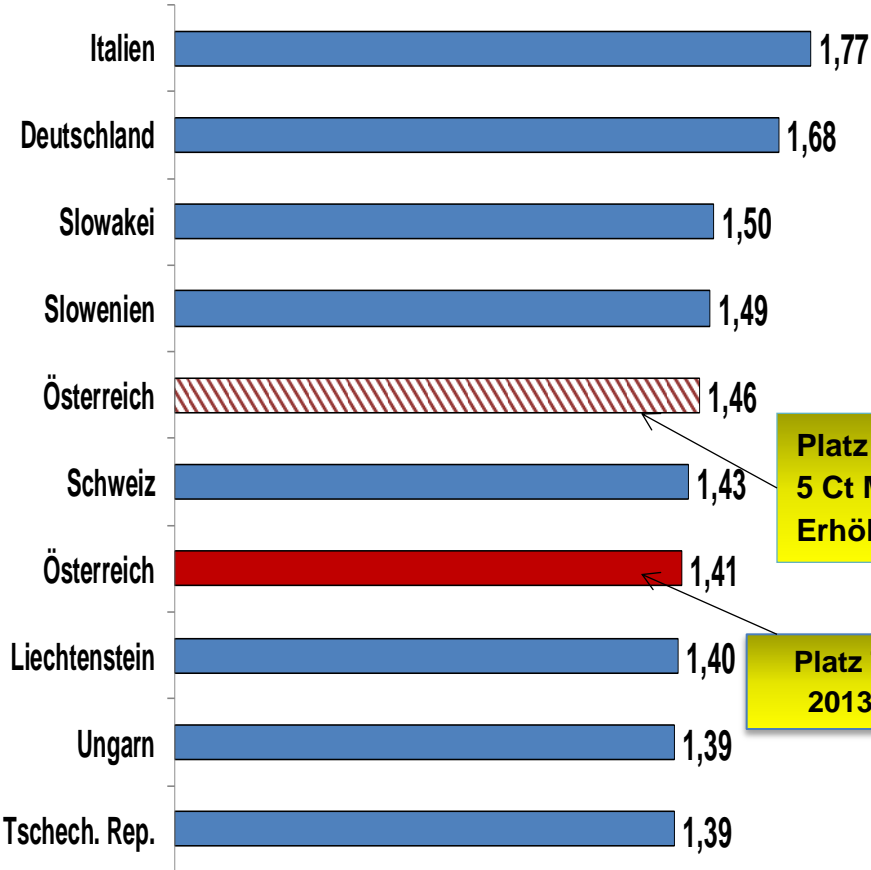
Die Einkommensteuer wurde von 1994 bis 2000 von 27,0 auf 25,8 % gesenkt.

Quelle: Danish Ministry of Taxation

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Figur 3.3: Österreichs Spritpreise

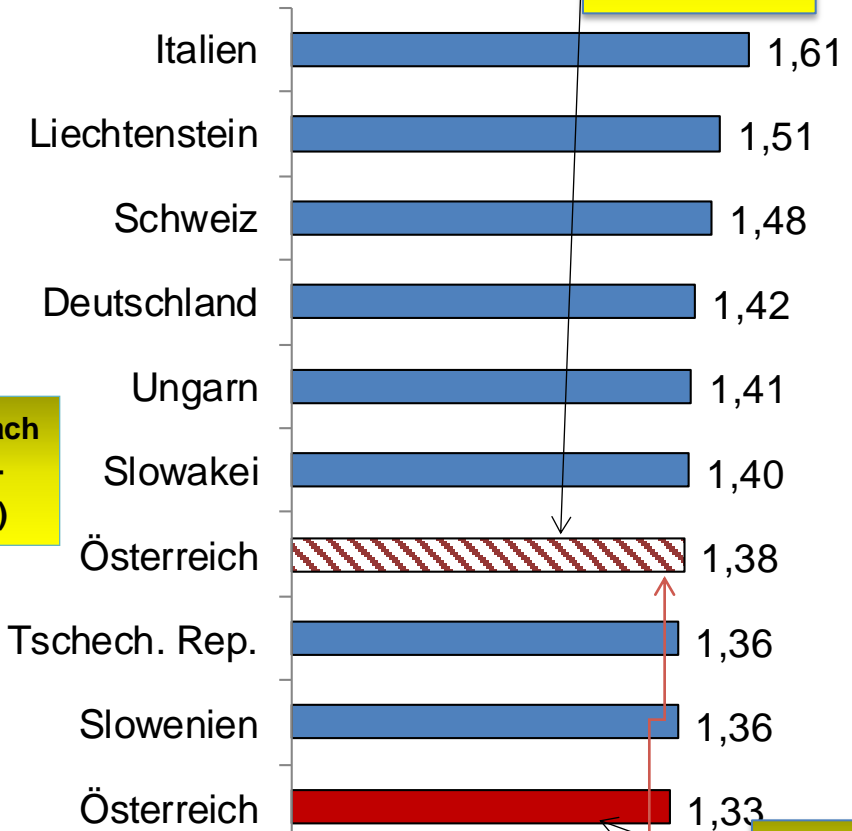
Benzinpreis (€/l Super)



Platz 5 (nach 5 Ct MöSt-Erhöhung)

Platz 7 2013

Dieselpreis (€/l)



Platz 7 (nach 5 Ct MöSt-Erhöhung)

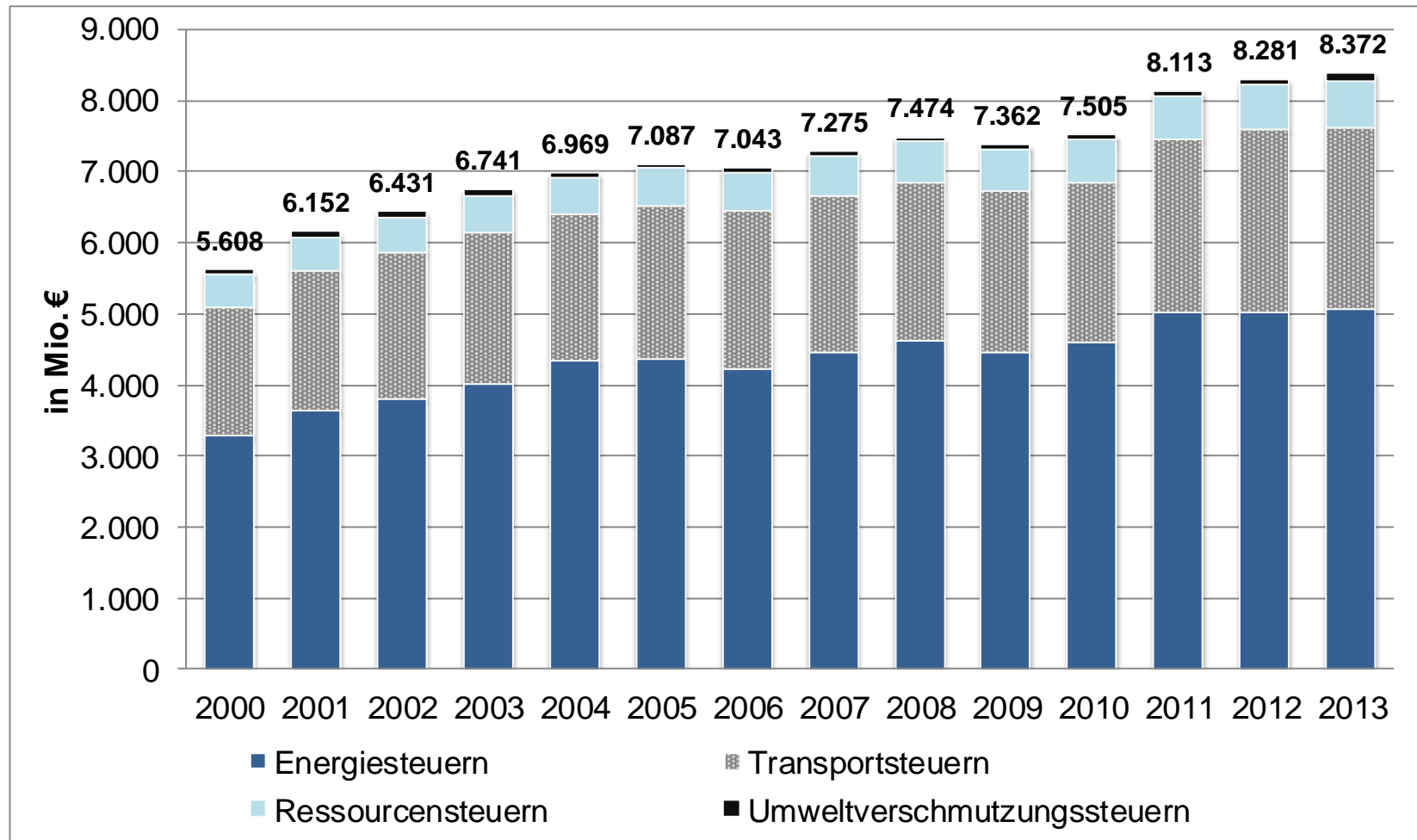
Auch nach Erhöhung weit hinten!

Platz 10 2013

Quelle: www.benzinpreis.de

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN EINER ÖKOZOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT – (1) ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Figur 3.4: Öko-Steuern im Sinne der VGR¹⁾; Österreich



¹⁾ Nach EU/OECD-Definition. Quelle: STATISTIK AUSTRIA, 2015.

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN JÜNGERER ZEIT – (2) HANDELBARE ZERTIFIKATE

Der Einsatz handelbarer Zertifikate in der internationalen Klimapolitik – eine ideale Lösung?

- (1) Auf den ersten Blick scheint der Einsatz handelbarer Zertifikate eine ideale bzw. optimale Lösung zu sein. Die globale Erwärmung ist ein globales Übel, und der durch die CO₂-Emissionen angerichtete Schaden, ist unabhängig davon, wo dieses Gas auf der Erde emittiert wird.**
- (2) CO₂-Zertifikate, die sicher stellen, dass der Preis pro emittierte Tonne auf der ganzen Welt gleich ist, wären das ökonomisch effizienteste Instrument, um dieses Problem zu bewältigen.**
- (3) Eine zentrale Frage ist jedoch, wie die Rechte zur Emission von CO₂ vor Beginn des Handels verteilt werden sollen.**

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN JÜNGERER ZEIT – (2) HANDELBARE ZERTIFIKATE

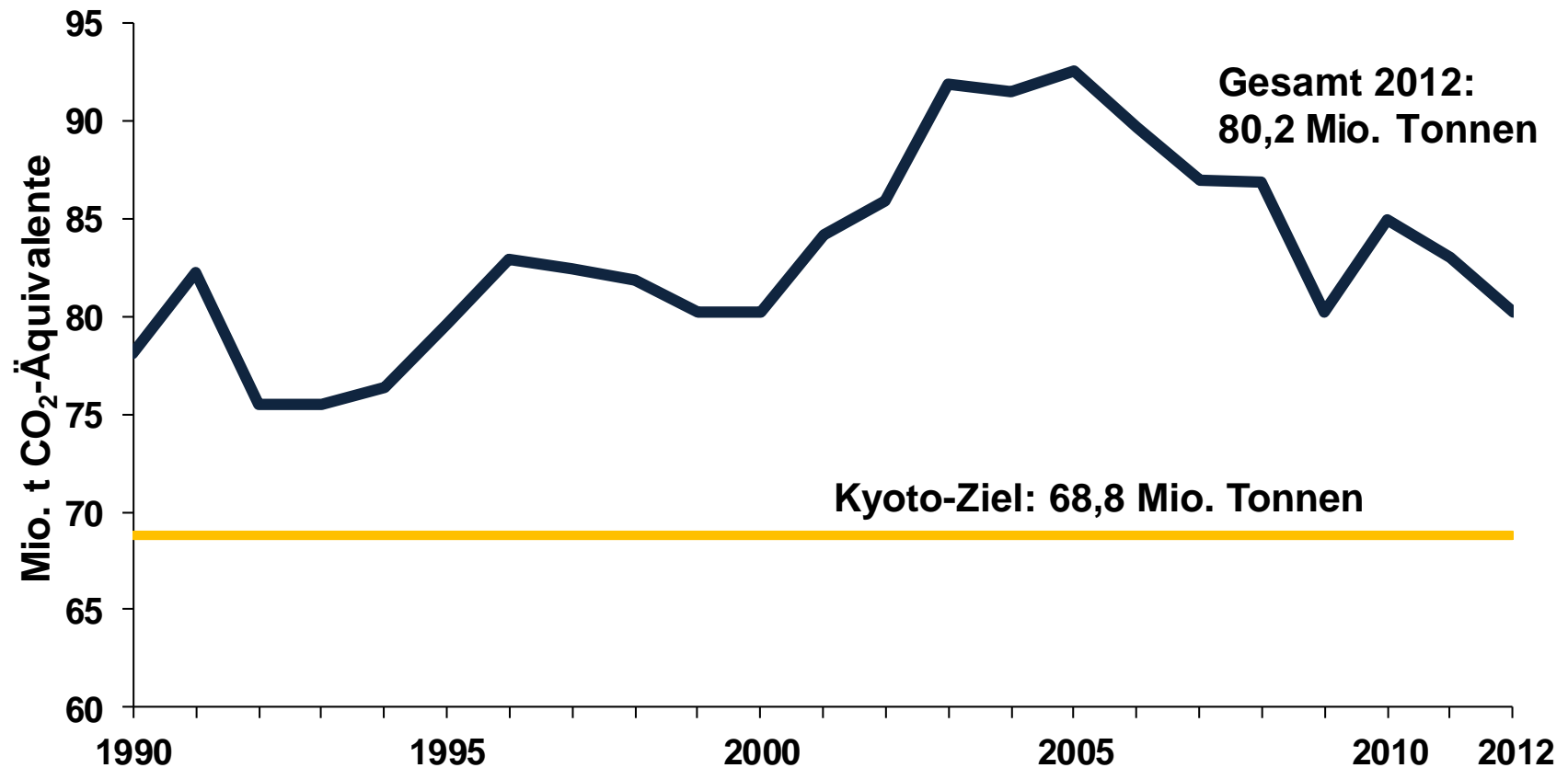
Häufig gemachte Vorschläge:

- (1) Jeder Mensch auf der Erde erhält das gleiche Recht, die Atmosphäre mit Schadstoffen zu belasten.
- (2) Dies würde zu einer gewaltigen Umverteilung von den Industrie- zu den Entwicklungsländern führen.
- (3) Aus einer globalen Perspektive ist dies sinnvoll, es ist jedoch utopisch anzunehmen, dass die Industrieländer einer solchen Umverteilung zustimmen würden, da dies ihr Realeinkommen massiv verringern würde.
- (4) Darüber hinaus gibt es *bisher keine internationale Institution*, die nicht nur den Handel organisieren würde, sondern die auch durchsetzen könnte, dass kein Land mehr CO₂ emittiert, als ihm gemäß den von ihm gehaltenen Zertifikaten zusteht.

3. DER EINSATZ MARKTWIRTSCHAFTLICHER INSTRUMENTE IN JÜNGERER ZEIT – (2) HANDELBARE ZERTIFIKATE

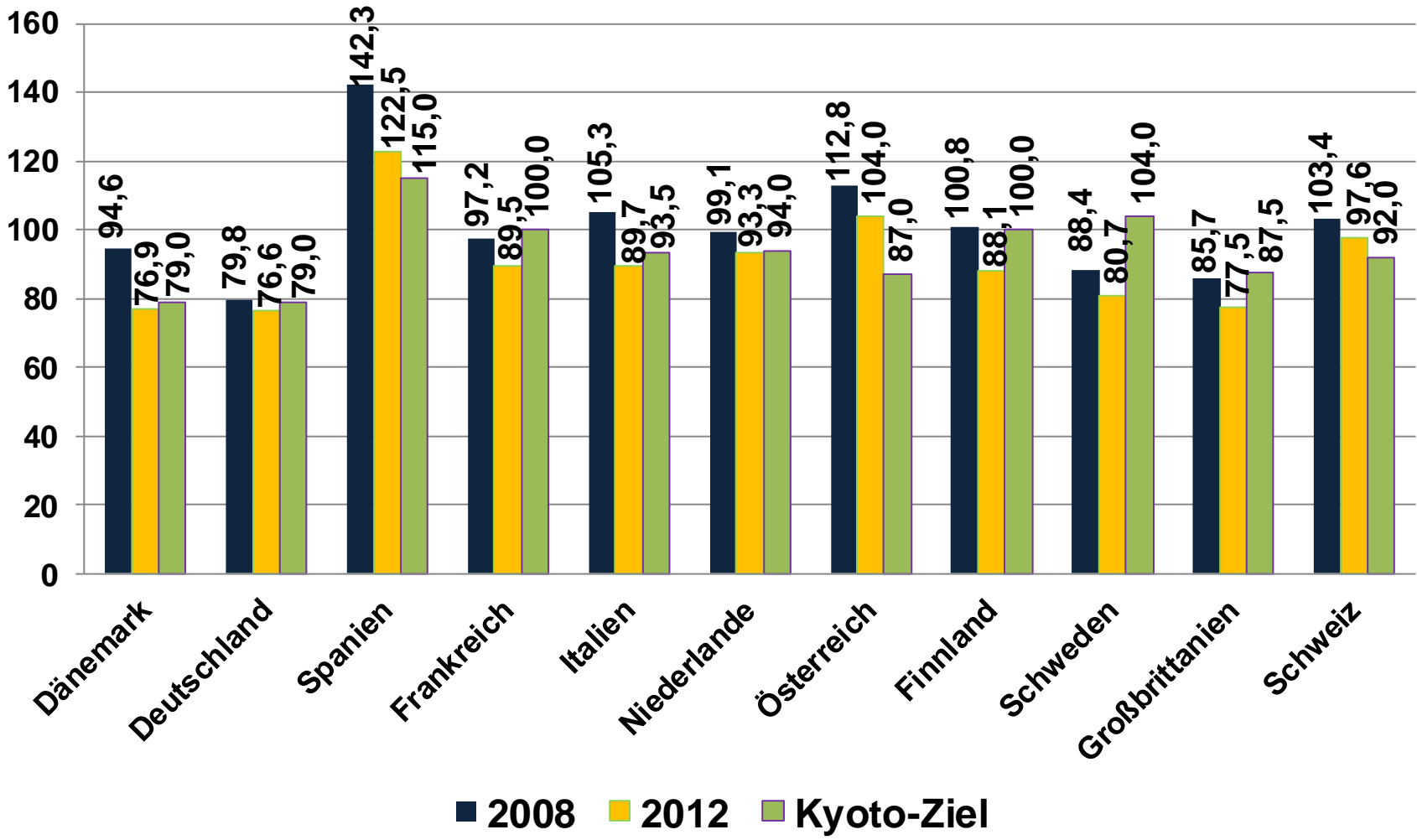
Figur 3.5: Entwicklung der österreichischen Treibhausgasemissionen in Relation zum Kyoto-Ziel

THG-Emissionen 1990-2011 in Österreich



Quelle: Umweltbundesamt, 2014.

Figur 3.6: Emissionen von Treibhausgasen (ausgenommen Int. Luftverkehr) – Index der Gesamtreibhausgasemissionen und Kyoto-Zielwerte – in CO2- Äquivalenten (Basisjahr 1990 = 100); ausgewählte Länder, Jahre 2008 und 2012



Wert für die Schweiz 2011 statt 2012

Quelle: European Environment Agency (EEA), entnommen Eurostat Database, März 2015.

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Zwei zentrale Fragen:

4.1 *Warum wird eine ökosoziale Marktwirtschaft nicht eingeführt oder verstärkt ausgebaut?*

4.2 *Was könnte getan werden?*

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Frage 4.1: Warum keine ökosoziale Marktwirtschaft?

- (1) Die wichtigsten *Entscheidungssträger*, insbesondere die betroffenen Interessensgruppen, die Politiker und deren Umweltbürokratie, sehen *ihre eigenen Interessen* mit der *traditionellen Politik* der *Ge- und Verbote* besser gewahrt als durch den *Ausbau einer ökosozialen Marktwirtschaft*.
- (2) Für die Politiker gilt, dass gerade der nur sehr langfristig auftretende Nutzen einer ökologisch orientierten Marktwirtschaft im Hinblick auf zukünftige Generationen kaum Wählerstimmen zu lukrieren vermag.

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Frage 4.1: Warum keine ökosoziale Marktwirtschaft?

- (3) Erschwert wird dies dadurch, dass den derzeitigen Generationen/den Wählern sofort beträchtliche steuerliche Lasten auferlegt werden - ein Umstand, der dann zu einer noch geringeren Durchsetzbarkeit einer ökologischen Steuerpolitik im politischen Prozess führt.
- (4) Wegen dieser Nachteile haben die Regierung wenig Interesse daran, ökologisch effiziente (d.h. mit Lenkungseffekten verbundene) Instrumente einzusetzen. Sie werden eher auf die Instrumente zurückgreifen, mit denen eine symbolische Umweltpolitik („Öko-Illusion“ oder reine „Phrase“) betrieben werden kann.

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Frage 4.1: Warum keine ökosoziale Marktwirtschaft?

(5) Die Erfahrung über die Entwicklung der ökosozialen Marktwirtschaft der letzten 20 Jahre macht deutlich, dass die Vorschläge der wissenschaftlichen Berater dann Chancen auf politische Umsetzung haben, wenn sie gleichzeitig den Interessen einflussreicher Akteure der Wirtschaftspolitik entsprechen.

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Frage 4.2: Was könnte man institutionell tun, um schneller Änderungen herbeizuführen:

- (1) Die Einführung von Volksabstimmungen bzw. die Möglichkeit von Initiativen über bestimmte Einzelmaßnahmen. Damit ist die Agenda-Setting-Power der Regierung und des Parlaments gebrochen und der Bürger kann von sich aus tätig werden.
- (2) Eine wesentlich stärkere ökologisch orientierte Aufklärung und Auszeichnung bei Produkten und Dienstleistungen (Kauf heimischer Nahrungsmittel!).

4. ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Bleibt ökosoziale Marktwirtschaft eine Utopie oder kann sie zur realistischen Alternative werden?

Nur dann, wenn

- (1) die Regierung mit gutem Beispiel vorangeht und ökosoziale Impulse setzt,**
- (2) die Einsicht der Wähler zum ökologischen Handel noch weiter verstärkt und auch belohnt wird, und**
- (3) die internationalen Bemühungen zu einem weltweiten Klimaschutz verstärkt werden.**

o.Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Friedrich Schneider
Johannes Kepler Universität Linz
Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz
friedrich.schneider@jku.at, www.econ.jku.at/Schneider



BRIEFKASTENFIRMEN, ORGANISIERTE KRIMINALITÄT, STEUERHINTERZIEHUNG UND SCHATTENWIRTSCHAFT: WAS KANN DAGEGEN GETAN WERDEN?

Oktober 2016
Überarbeitete Version

ÜBERSICHT

1. Einleitung und Problemstellung
2. Briefkastenfirmen – Was wissen wir?
3. Einige Fakten über die Erlöse der weltweiten Kriminalität, Geldwäsche und Steuerhinterziehung
4. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung
5. Bekämpfungsmaßnahmen

1. Einleitung und Problemstellung

Die Schwerpunkte dieses Vortrages sind:

- (1) Eine Diskussion über Briefkastenfirmen, wie sie funktionieren und warum sie eröffnet werden.**
- (2) Die Darstellung einiger Fakten über die weltweite Kriminalität, Geldwäsche sowie den Finanz- und Steuerbetrug.**
- (3) Die Präsentation neuester Schätzungen zur Schattenwirtschaft in Europa und einigen OECD-Ländern sowie einige Schätzungen über die Größenordnung der Steuerhinterziehung in Deutschland und Österreich.**
- (4) Eine Diskussion über Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit.**

2. Briefkastenfirmer – Was wissen wir?

2.1 Wie funktioniert eine Briefkastenfirma?

- (1) *Briefkastenfirmer existieren* meistens nur *auf dem Papier*. Sie haben häufig *kein wirtschaftliches Geschäft*, sondern nur eine Bankverbindung.
- (2) Es gibt *pro forma* eine/n *GeschäftsführerIn*, dessen/deren *Aufgabe* aber nur darin besteht, einmal im Jahr pünktlich die *Registergebühren zu zahlen* und Überweisungen auf andere Konten zur Verschleierung der eingegangenen Gelder zu tätigen.

2. Briefkastenfirmer – Was wissen wir?

2.2 Wie viele Briefkastenfirmer gibt es?

- (1) Durch die Enthüllungen der Agentur Mossack Fonseca, die ca. 200.000 Briefkastenfirmer betreut hat, schätzt man, dass es *weltweit* sicherlich *weit über 1 Mio. Briefkastenfirmer* gibt.
- (2) Diese werden in wenigen Fällen für ganz legale Zwecke, aber in den allermeisten Fällen für illegale bzw. kriminelle Zwecke, genutzt.

2. Briefkastenfirmer – Was wissen wir?

2.3 Wer eröffnet Briefkastenfirmer und warum?

- (1) Es gibt wenige Personen, die Briefkastenfirmer eröffnen, um dort ihr *legal erworbenes Vermögen zu verstecken* bzw. zu verschleiern, weil sie nicht wollen, dass außer ihnen oder einigen Vertrauten jemand weiß, wie viel Vermögen sie besitzen. Dies sind ca. 5% aller Briefkastenfirmer.
- (2) Darüber hinaus eröffnen *Bürger und Geschäftsleute, die in Diktaturen leben*, Briefkastenfirmer, da sie *Angst um ihr Vermögen haben* und jederzeit befürchten müssen, im *Wohnsitzland enteignet und verhaftet* zu werden.

2. Briefkastenfirmer – Was wissen wir?

2.3 Wer eröffnet Briefkastenfirmer und warum?

- (2) Forts.: Diese Personen sind häufig keine Kriminellen sondern Unternehmer. Briefkastenfirmer sichern ihnen eine Existenz, wenn sie ihr Land Hals über Kopf verlassen müssen. Diese Gruppe macht **5-10% aller Briefkastenfirmer** aus.
- (3) **40-50%** aller Briefkastenfirmer werden von **(inter-)nationalen kriminellen Organisationen** eröffnet, um z.B. ihre Einnahmen aus dem Drogen-, Menschen- und Waffenhandel dort zu verstecken und mittels anderer Scheinfirmer reinzuwaschen.

2. Briefkastenfirmer – Was wissen wir?

2.3 Wer eröffnet Briefkastenfirmer und warum?

- (5) Weitere *5-10% sind Mittelsmänner aus Diktaturen* (Nordkorea, Syrien, und andere). Über Briefkastenfirmer wickeln sie Scheingeschäfte ab, um Luxusgüter für die herrschende Klasse in diesen Diktaturen zu bezahlen oder auch um Waffenhandel zu finanzieren und anderen illegalen Geschäften nachzugehen.
- (6) Die *restlichen 15-25%* derjenigen, die Briefkastenfirmer besitzen, sind *Steuerhinterzieher oder Finanzbetrüger*, die meistens in Europa oder Nordamerika Steuern hinterzogen oder Finanzbetrug begangen haben.

3. Einige Fakten über die Erlöse der weltweiten Kriminalität, Geldwäsche und Steuerhinterziehung

Tabelle 3.1: IMF Schätzung der Einnahmen der organisierten Kriminalität bzw. der Geldwäsche, weltweit, Zeitraum 1996 bis 2009

Schätzung der weltweiten Geldwäsche	Minimum	Mittelwert	Maximum	Gesamter Anstieg (in %)
IMF Schätzung der Geldwäsche für 1996 in % des weltweiten BIP	2,0%	3,5%	5,0%	–
Schätzung für 1996 in Mrd. USD	600	1.100	1.500	–
Schätzung für 2005 in Mrd. USD	900	1.500	2.300	von 1996 bis 2005 36,0%
<i>Schätzung für 2009 in Mrd. USD</i>	<i>1.200</i>	<i>2.000</i>	<i>2.900</i>	<i>von 2005 bis 2009 33,0%</i>

Quelle: UNODC (2011, S. 19).

3. Einige Fakten über die Erlöse der weltweiten Kriminalität, Geldwäsche und Steuerhinterziehung

Tabelle 3.2: Aktualisiertes FATF-Modell der weltweiten Geldwäsche

Geschätzter Drogenhandel in Schlüsselmärkten (1988)	124 Mrd. USD
In % des globalen BIP (1988)	0,8%
Geschätzter Drogenhandel in Schlüsselmärkten (UNODC Schätzung für 2003)	322 Mrd. USD
In % des globalen BIP	0,9%
Geschätzter „gewaschener“ Anteil (ursprüngliche FATF Schätzung)	66% – 70%
Schätzung der „gewaschenen“ Summen im Zusammenhang mit Drogen, in Milliarden USD	220 Mrd. USD
Anteil in % des weltweiten BIP (2003)	0,6%
Geschätzter Anteil des Drogenhandels an der gesamten Geldwäsche (ursprüngliche FATF Schätzung)	25,0%
Geschätztes gesamtes Ausmaß der Geldwäsche aller Kriminalitätsarten in 2003	880 Mrd. USD
In % des globalen BIP	2,4%
Extrapoliertes Ausmaß der Geldwäsche aller Kriminalitätsarten in 2009	1.400 Mrd. USD

Quelle: UNODC (2011, S. 31-32).

3. Einige Fakten über die Erlöse der weltweiten Kriminalität, Geldwäsche und Steuerhinterziehung

Tabelle 3.3: Jährliches Ausmaß der Einnahmen der org. Kriminalität bzw. der Geldwäsche nach Regionen, Mrd. USD (2000-2005)

Region	Jahr					
	2000		2002		2005	
	Mrd. USD	in %	Mrd. USD	in %	Mrd. USD	in %
Amerika	313	37,8%	328	38,3%	350	37,7%
Asien-Pazifik-Raum	246	29,7%	254	29,7%	292	31,5%
<i>Europa</i>	<i>230</i>	<i>27,8%</i>	<i>234</i>	<i>27,3%</i>	<i>241</i>	<i>26,0%</i>
Mittlerer Osten/ Afrika	38	4,6%	40	4,7%	44	4,7%
Gesamt	827	100,0%	856	100,0%	927	100,0%
in % des globalen BIP	2,7%		2,6%		2,0%	

Quelle: UNODC (2011, S. 33) und eigene Berechnungen.

3. Einige Fakten über die Erlöse der weltweiten Kriminalität, Geldwäsche und Steuerhinterziehung

Tabelle 3.4: Weltweite grenzüberschreitende Schwarzgeldströme (inkl. Finanz- und Steuerbetrug!) in Bill. USD und in % des durchschnittlichen Welt-BIP von 2000-2005

Variable	2000-2005			Extrapoliert bis 2009		
	niedrig	hoch	in % des BIP 2000-2005	niedrig	Mittelwert	hoch
Gesamtes Ausmaß der Einnahmen bzw. der Geldwäsche von illegalen Aktivitäten	1,1 (100%)	1,6 (100%)	2,9%-4,3%	1,7 (100%)	2,1 (100%)	2,5 (100%)
Davon „klassisch“ krimineller Anteil (Bargeldanteil 15-30%)	0,3 (27%)	0,5 (31%)	0,9%-1,5%	0,5 (29%)	0,7 (33%)	0,9 (36%)

Quelle: UNODC (2011, S. 34) und eigene Berechnungen.

3. Einige Fakten über die Erlöse der weltweiten Kriminalität, Geldwäsche und Steuerhinterziehung

Tabelle 3.5: Geschätzte Erlöse aus kriminellen Aktivitäten¹⁾ in den Vereinigten Staaten, Mrd. USD (zu laufenden Preisen, 1965-2010)

Jahr	Kriminelle Erlöse (inkl. Finanz- und Steuerbetrug)		„Reine“ kriminelle Erlöse (exkl. Finanz- und Steuerbetrug) (durchschnittliches Bargeld 30-40%)		Kriminelle Erlöse in % der gesamten illegalen Erlöse
	Geschätzte kriminelle Erlöse (in Mrd. USD)	in % des BIP	Geschätzte kriminelle Erlöse (in Mrd. USD)	in % des BIP	
1965	49	6,8%	18	2,5%	37%
1970	74	7,1%	26	2,5%	35%
1975	118	7,2%	45	2,7%	38%
1980	196	7,0%	78	2,8%	40%
1985	342	8,1%	166	4,0%	49%
1990	471	8,1%	209	3,6%	44%
1995	595	8,0%	206	2,8%	35%
2000	779	8,0%	224	2,3%	29%
2010 ²⁾	1.043	7,0%	300 (235-350)	2,0% (1,6%-2,3%)	29%

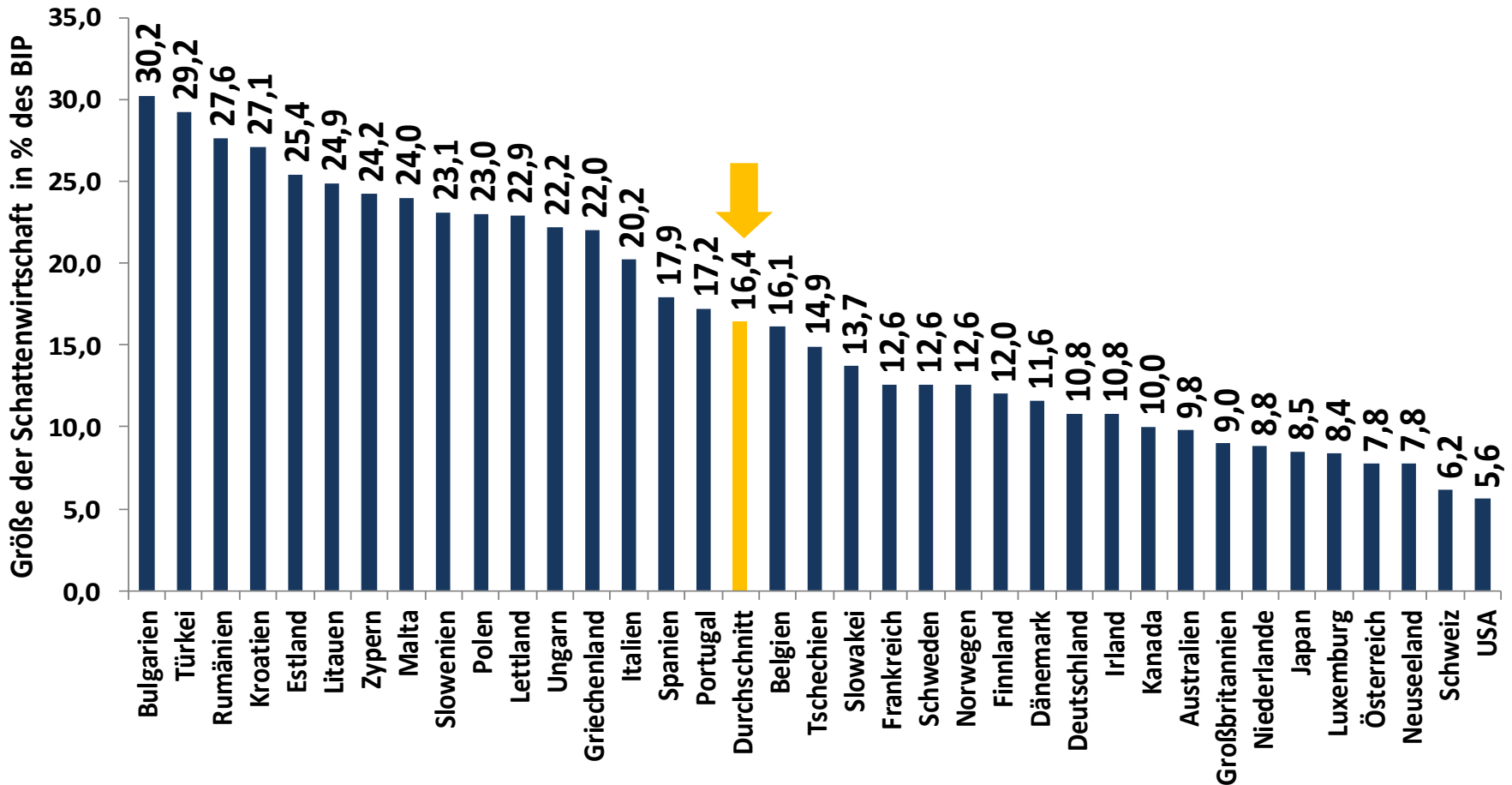
1) Krimineller Aktivitäten umfassen: illegaler Drogenhandel, Menschenhandel, Einbruch, Diebstahl, Autodiebstahl, Raub, Betrug, Brandstiftung, Fälschung, illegales Glücksspiel, Kreditwucher und Prostitution. In den Steuerhinterziehungsaktivitäten sind nicht deklariertes Einkommen und Gewinne sowie Verbrauchssteuerbetrug inkludiert.

2) Vorläufige UNODC Schätzung, basiert auf von aktuellen Drogen- und Kriminaldaten abgeleiteten früheren Schätzungen und Trends.

Quelle: UNODC (2011, S. 20) und eigene Anmerkungen/Berechnungen.

4. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung

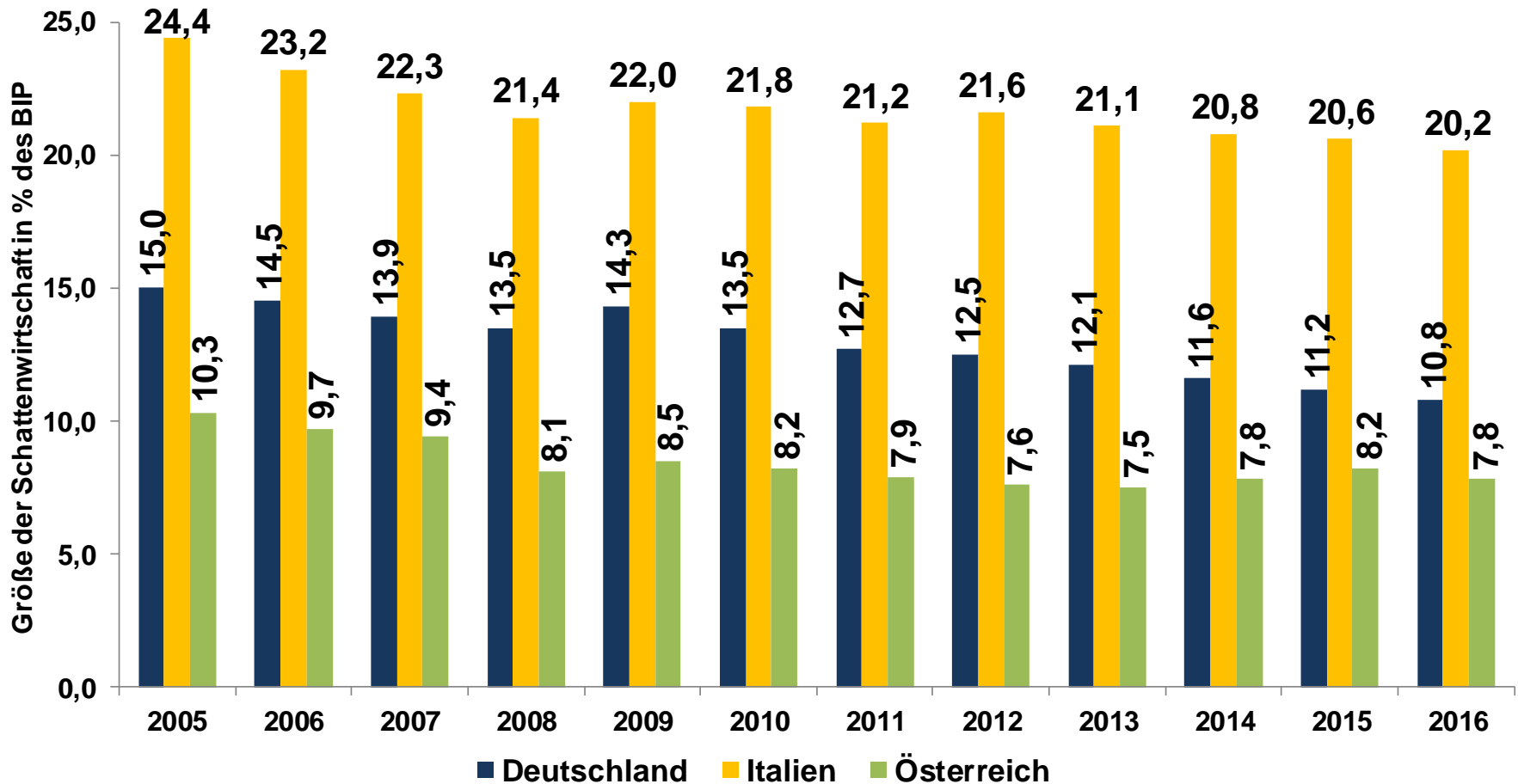
Figur 4.1: Größe der Schattenwirtschaft in 31 europäischen und 5 OECD Ländern für 2016, in % des BIP



Quelle: Eigene Berechnungen, Dezember 2015; Werte für 2015 und 2016 sind Prognosen auf Basis von vorläufigen Werten.

4. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung

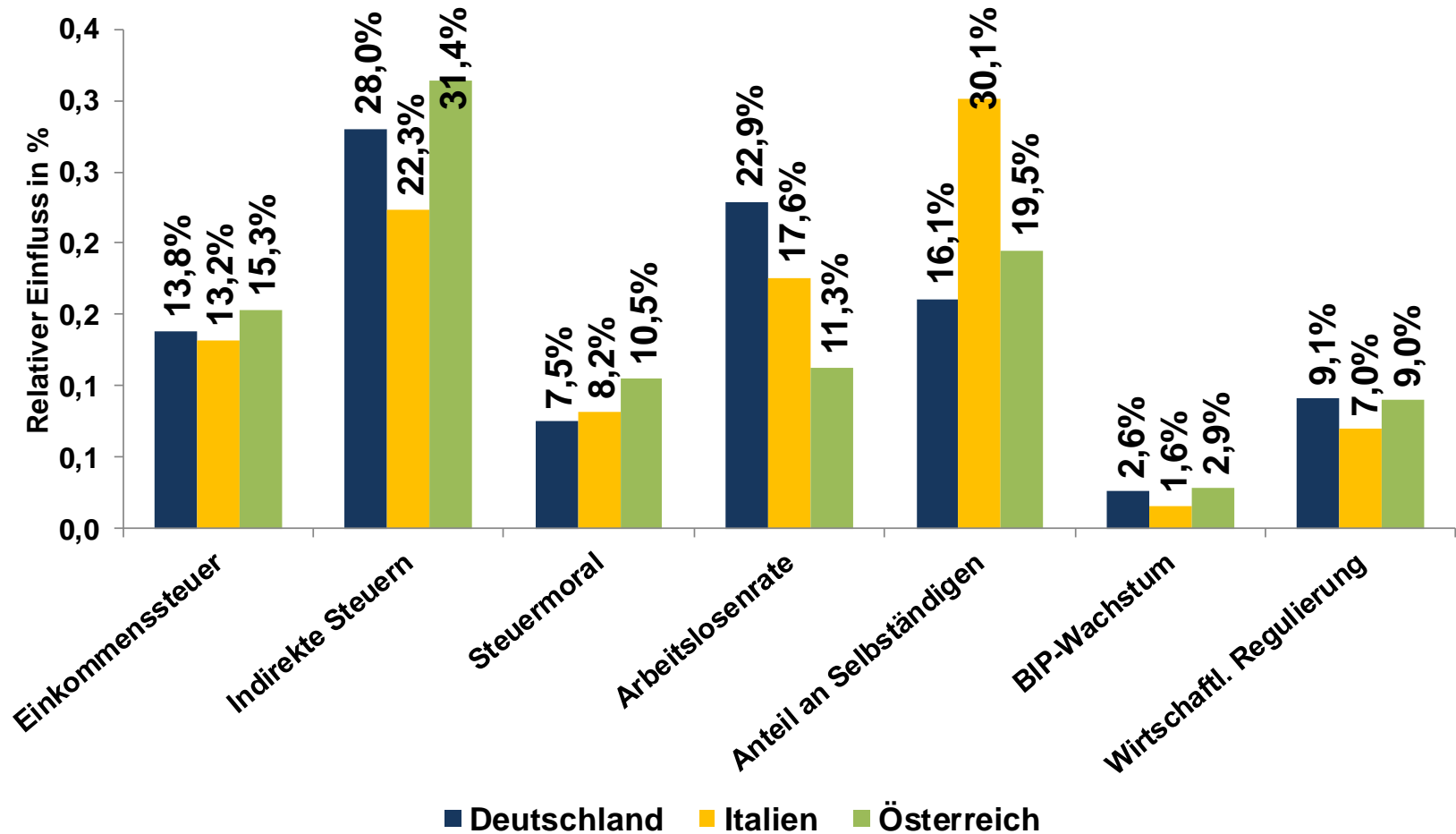
Figur 4.2: Entwicklung der Schattenwirtschaft in Deutschland, Italien und Österreich von 2005 bis 2016, in % des BIP



Quelle: Eigene Berechnungen, Dezember 2015; Werte für 2015 und 2016 sind Prognosen auf Basis von vorläufigen Werten.

4. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung

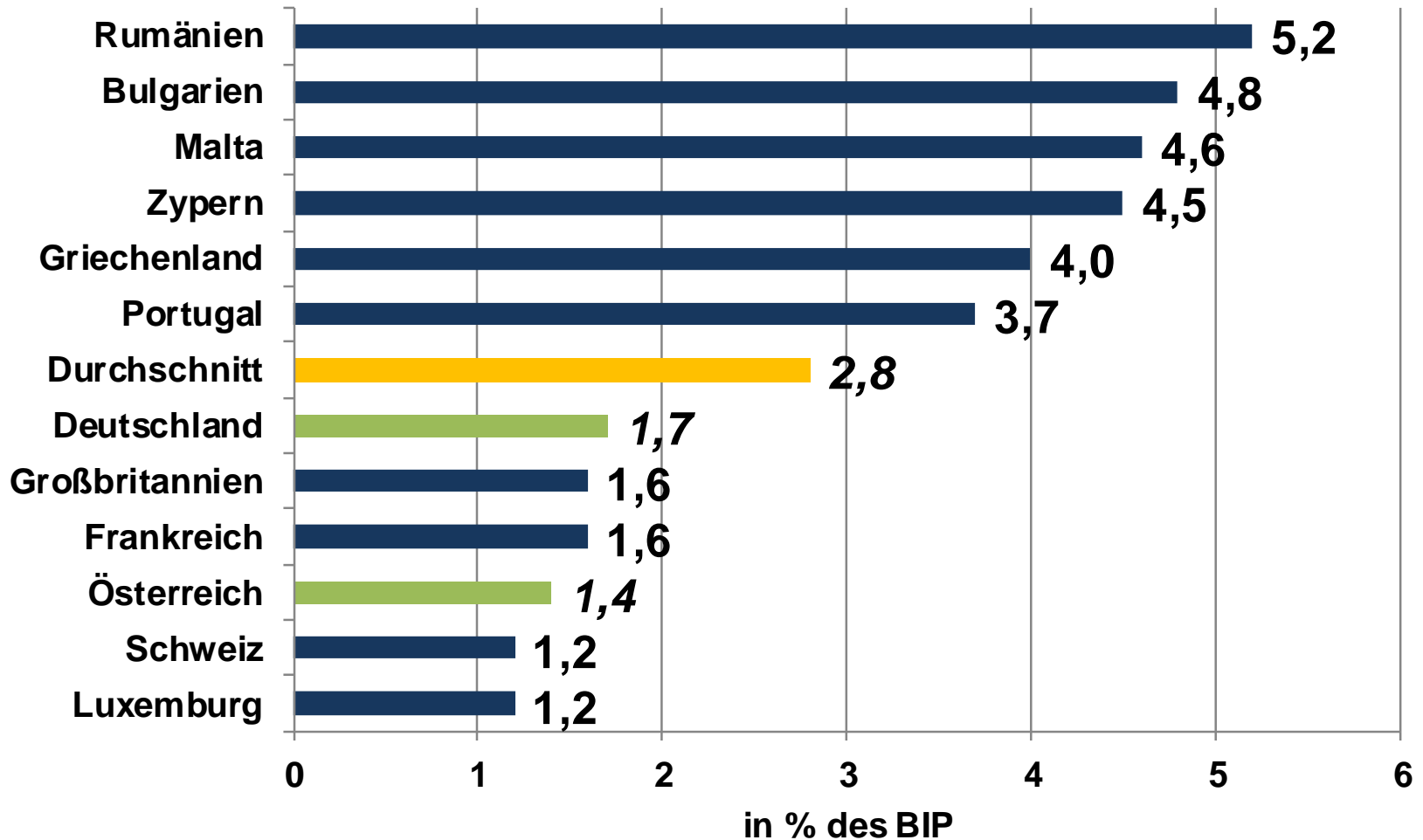
Figur 4.3: Durchschnittlicher relativer Einfluss der kausalen Variablen auf die Schattenwirtschaft in Deutschland, Italien und Österreich (1998-2010)



Quelle: Schneider und Buehn (2015, S. 29)

4. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung

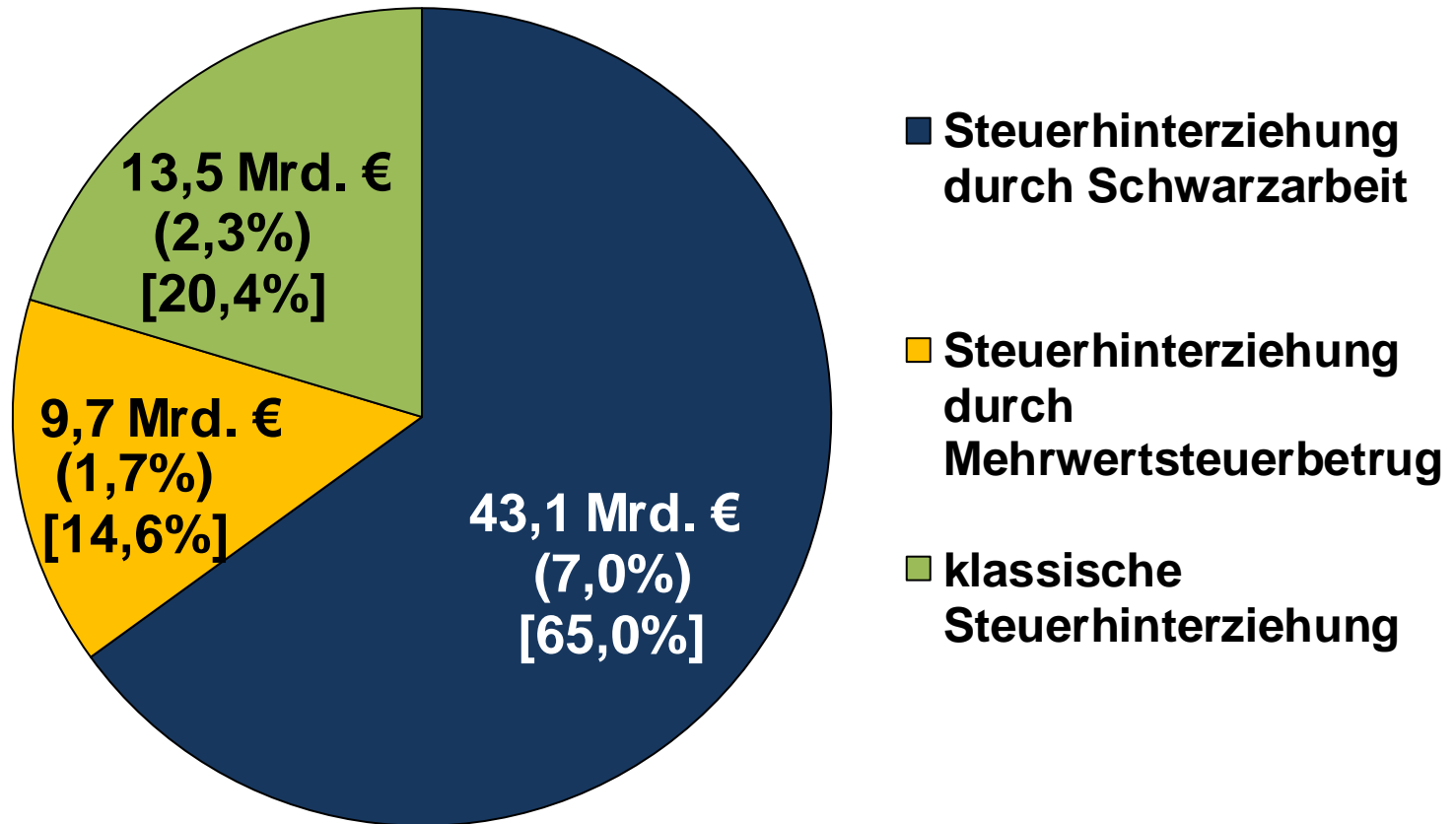
Figur 4.4: Ein Vergleich der Steuerhinterziehung einiger europäischer Länder (2010), in % des BIP



Quelle: Eigene Berechnungen (2014) und Schneider und Buehn (2013).

4. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung

Figur 4.5: Zusammensetzung der Steuerhinterziehung in *Deutschland* für 2014



[] %-anteil an der gesamten Steuerhinterziehung: $14,6\% + 20,4\% + 65,0\% = 100\%$

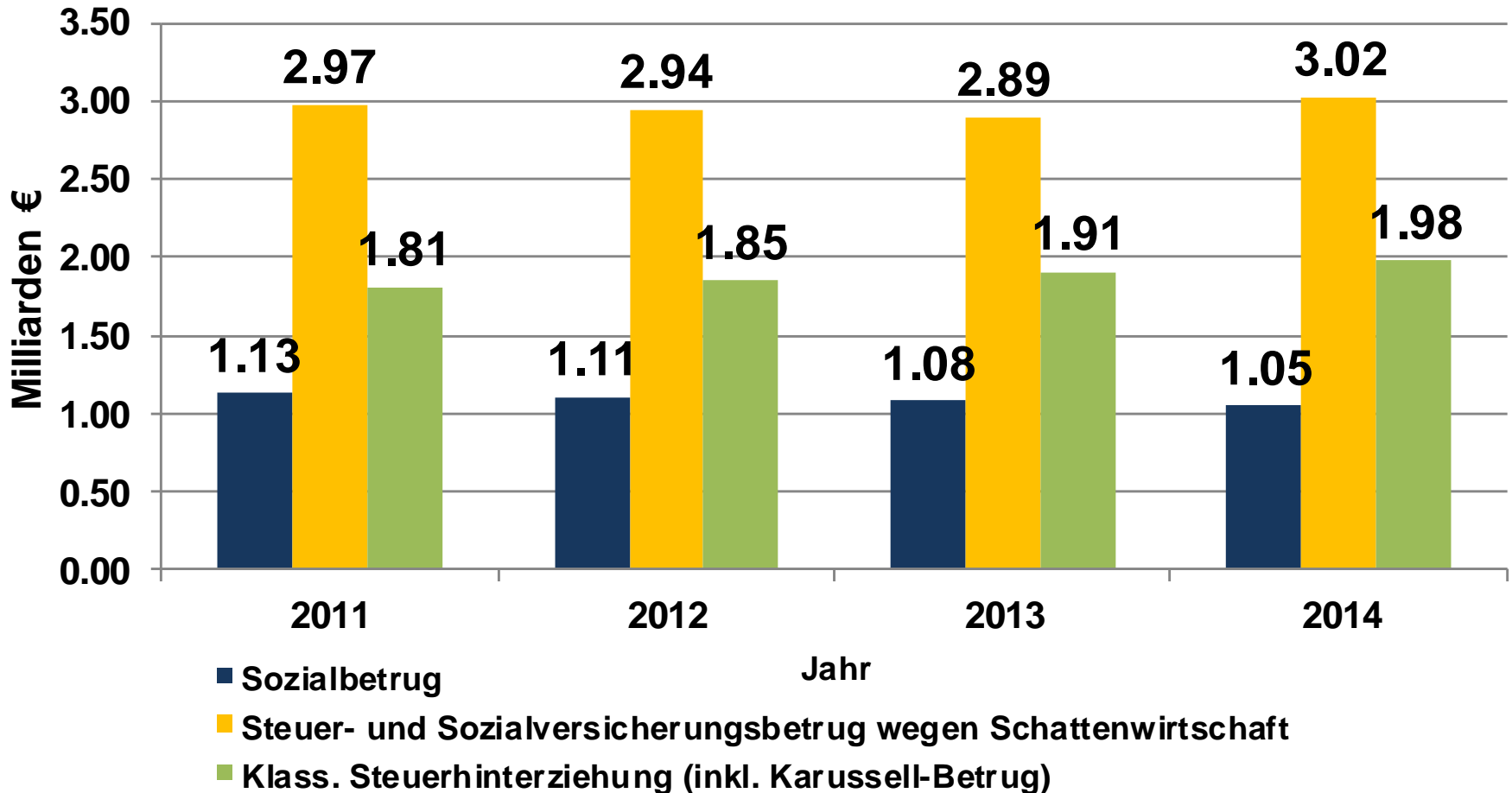
() Steuerhinterziehung in % der Gesamtsteuereinnahmen (2014): $11,0\% = 1,7\% + 2,3\% + 7,0\%$

Steuerhinterziehung in % des BIP (2014): 2,35%

Quelle: Eigene Berechnungen (2015).

4. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung

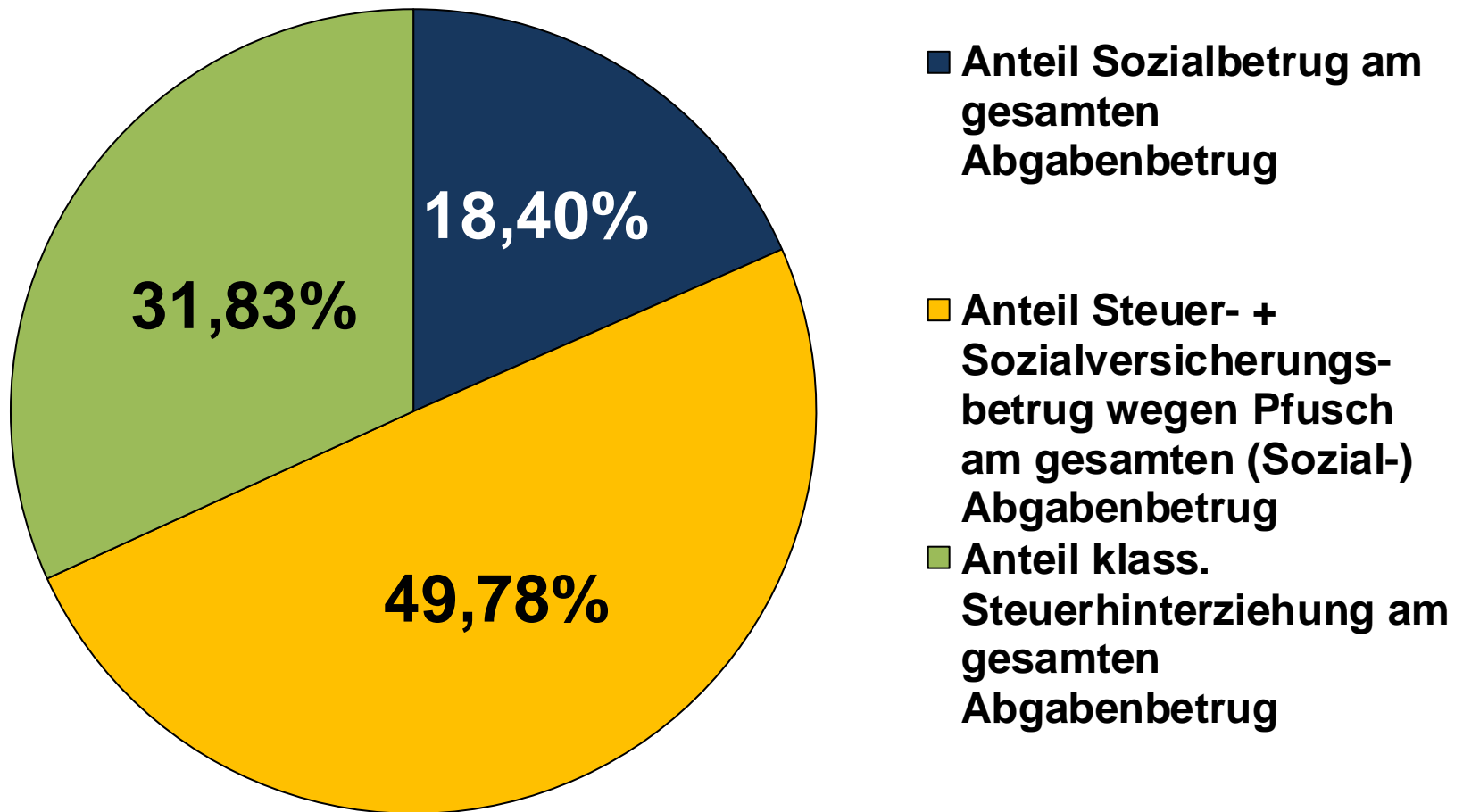
Figur 4.6: Eine Grobschätzung der drei (Sozial-) Abgabebetragdelikte in *Österreich* für 2011-2014



Quelle: Eigene Berechnungen (2015).

4. Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung

Figur 4.7: Eine Grobschätzung der Aufteilung der drei (Sozial-) Abgabebetragdelikte in *Österreich*, Durchschnittswerte über 2011-2014



Quelle: Eigene Berechnungen (2015).

5. Bekämpfungsmaßnahmen

5.1 Bekämpfungsmaßnahmen der org. Kriminalität und Geldwäsche

(1) Kriminelle Aktivitäten, insbesondere der Finanz- und Steuerbetrug, sind zu einem globalen Problem geworden.

„Klassisch“ kriminelle Aktivitäten machen im Durchschnitt nur 33% aus und der Finanz- und Steuerbetrug 67%.

Die Anstrengungen müssen global darauf gerichtet sein, die kriminellen Aktivitäten, aber insbesondere auch den Finanz- und Steuerbetrug, erfolgreich zu bekämpfen.

5. Bekämpfungsmaßnahmen

5.1 Bekämpfungsmaßnahmen der org. Kriminalität und Geldwäsche

- (2) Für Deutschland ist ein Geldwäschevolumen von 15 Mrd. Euro bis 30 Mrd. Euro realistisch.**
- (3) Wichtig wären eine bessere und koordinierte Zusammenarbeit der Behörden und ein regelmäßiger Datenaustausch.**
- (4) Weiterhin gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität; z.B. könnte man den Drogenhandel entkriminalisieren, indem man ihn zum großen Teil legalisiert.**

5. Bekämpfungsmaßnahmen

5.1 Bekämpfungsmaßnahmen der org. Kriminalität und Geldwäsche

- (5) Erforderlich ist auch eine Vereinheitlichung der verschiedenen nationalen und internationalen schwarzen Listen. Weiterhin sollten einheitliche Kriterien, die Steuer- und Geldwäscheaspekte berücksichtigen, in der EU oder weltweit gelten.**

- (6) Ein mittelfristiges Ziel sollte es sein, dass weltweit möglichst alle Staaten den neuen Standard für den automatisierten Informationsaustausch in Steuerfragen umsetzen.**

5. Bekämpfungsmaßnahmen

5.1 Bekämpfungsmaßnahmen der org. Kriminalität und Geldwäsche

- (7) Zusätzlich ist ein Überwachungsmechanismus für den automatisierten Informationsaustausch erforderlich. Beispielsweise könnte das Global Forum der OECD die konsequente Umsetzung des Austauschs überwachen und wirksame Sanktionen für nachlässige oder nicht kooperierende Staaten entwickeln.
- (8) Staaten, die nicht kooperieren, werden vom SWIFT Überweisungssystem ausgeschlossen.

5. Bekämpfungsmaßnahmen

5.2 Maßnahmen zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft und der Steuerhinterziehung

- (1) *Befristete Mehrwertsteuerrückvergütung* bei arbeitsintensiven Dienstleistungen.
- (2) Fortsetzung der *steuerlichen Absetzbarkeit* von *haushaltsnahen Dienstleistungen* und Investitionen im Haushalt.
- (3) Sperre von öffentlichen Auftragsvergaben für 3-5 Jahre für Firmen, die schwarz arbeiten (lassen!) oder sich bestechen lassen.

5. Bekämpfungsmaßnahmen

5.2 Maßnahmen zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft und der Steuerhinterziehung

- (4) *Senkung* der *Lohnnebenkosten* (langfristige Strategie).
- (5) *Strenge Bestrafung* von *Steuerhinterziehern*, die im großen Ausmaß über 1 Mio. Euro an Steuern hinterzogen haben.
- (6) *Beibehaltung* der *Selbstanzeige* bei hohen Strafzuschlägen bei Steuerhinterziehung über 1 Mio. Euro.

**DANKE FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT!**